Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1911. Nr. 142. **für Anhalt und Thüringen.** **Jahrgang 204.**

Bezugspreis für Halle und Vororte 2,50 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zweimal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (tägl. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigengebühren für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum für Halle und den Saalkreis 20 Pfg., auswärts 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigenannahme bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen bekannten Annoncenexpeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipziger Straße 87, Hinterhaus. Eingang Gr. Brauhausstr. Telephon 158; Redaktionstelephon 1272. Chefredakteur: Dr. Walther Gebensieben in Halle a. S.

Freitag, 24. März 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30. Telephon Amt VI Nr. 16290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

* **Der Privatbesuch Kaiser Wilhelms in London.** Im englischen Unterhause fragte am Donnerstag Noël Buston (lib.) an, ob an den deutschen Reichskanzler eine besondere Einladung ergehen werde, den Kaiser bei seinem Besuch in London zu begleiten, um den Abschluß eines Uebereinkommens zwischen Großbritannien und Deutschland über die zwischen beiden Ländern schwebenden Fragen zu beschleunigen. Staatssekretär Grey erwiderte: „Der deutsche Kaiser wird dem König auf dessen Einladung einen Privatbesuch abstatten. Eine andere Erklärung über diese Angelegenheit vermag ich nicht zu geben."

* **Der Bundesrat** hat gestern dem Entwurf des Gesetzes über Schiffsmeldungen bei den Konsulaten des Deutschen Reiches seine Zustimmung erteilt.

* **Die Schiffahrtsabgabenkommission** erledigte gestern den Abschnitt Elbverband. Das Ergebnis war die Annahme der Regierungsvorlage mit 14 gegen 12 Stimmen.

* **Zur dritten Beratung des Kultusetats** beantragt das Zentrum im Abgeordnetenhause, die Staatsregierung zu ersuchen, die im Kultusetat eingestellten Mittel zu Entschädigungen an Elementarlehrer und Lehrerinnen für die Teilnahme an amtlichen Kreiskonferenzen in dem Umfange zu erhöhen, daß diesen Lehrpersonen Tagegelder in Höhe von 6 Mk. und Fahrkosten von 7 Pfg. für Benutzung der zweiten Wagenklasse und 5 Pfg. in den übrigen Fällen, und für Wegstrecken über Land pro Kilometer 40 Pfg. gezahlt werden. Für Entfernung unter 2 Kilometer vom Wohnort sollen Tagegelder in Höhe von 4 Mk. bewilligt werden, wenn ein gemeinschaftliches Essen stattfindet.

* **Eisenbahnarbeiterausschüsse.** Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat sich entschlossen, eine Erweiterung der Eisenbahnarbeiterausschüsse durch Einbeziehung der Zahl der Bahnunterhaltungsarbeiter in die Zahl der am Sitze der Bahnmeistereien befindlichen Betriebsarbeiter vorzunehmen. Nach der infolgedessen vorgenommenen Ergänzung der Bestimmungen für Arbeiterausschüsse regelt sich fortan die Einbeziehung der Bahnunterhaltungsarbeiter in die Arbeiterausschüsse unter dem Gesichtspunkt, daß als Dienstort für diese Arbeiter im Sinne der erwähnten Bestimmungen der Sitz der Bahnmeisterei gilt. Das hat zur Folge: a) daß neue Ausschüsse nach Bedarf einzurichten sind am Sitze einer oder mehrerer Bahnmeistereien desselben Amtes, wenn die Gesamtheit der durch den gemeinsamen Dienstort vereinten Bahnunterhaltungsarbeiter für sich allein oder in Verbindung mit den am Orte vorhandenen, noch nicht durch einen Ausschuß vertretenen Betriebsarbeitern desselben Amtes die Zahl 50 erreicht; b) daß die noch nicht durch einen Ausschuß vertretenen Bahnunterhaltungsarbeiter dem am Sitze der Bahnmeisterei etwa befindlichen Ausschuß desselben Amtes anzugliedern sind; c) daß auch die Bahnunterhaltungsarbeiter verschiedener Aemter sowohl unter sich als im Verein mit den Betriebsarbeitern anderer Betriebsämter in einem gemeinsamen Ausschuß zusammengefaßt werden dürfen, wenn sie am gleichen „Dienstort" beschäftigt werden und insgesamt die Zahl 50 erreichen. Die Arbeiter verschiedener Direktionsbezirke dürfen jedoch nicht in einem Ausschuß vereinigt werden.

* **Entziehung und Versagung des Führerscheines für Kraftfahrzeuge.** Man schreibt uns: Durch die im Februar v. Js. erlassenen Ausführungsbestimmungen des Bundesrats zum Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen vom 3. Mai 1909 ist beim Polizeipräsidium in Berlin für das ganze Reich eine „Sammelstelle für Nachrichten über Führer von Kraftfahrzeugen" eingerichtet, an welche alle von einer Behörde festgestellten Bestrafungen von Führern mitgeteilt werden, um allmählich die zur Führung von Kraftfahrzeugen wegen moralischer Mängel ungeeigneten Elemente auszuschalten. Daß die Behörden von der Befugnis, ungeeigneten Personen den Führerschein zu entziehen, nachdrücklich Gebrauch gemacht haben, ergibt sich aus dem Tätigkeitsbericht der Sammelstelle für die Zeit vom 1. April 1910 bis Anfang Januar 1911. Danach sind in diesen 9 Monaten in 109 Fällen Entziehungen und in 361 Fällen Versagungen des Führerscheins registriert. Da diese Versagungen fast durchweg Antragsteller betreffen, die bereits einen alten Führerschein besaßen, so sind sie den Entziehungen gleichzuachten, wodurch sich deren Zahl auf 470 erhöht. Als Gründe, aus denen die Entziehungen erfolgten, sind insbesondere anzuführen: schwere Eigentumsvergehen, Roheitsvergehen, fahrlässige Körperverletzung oder Tötung, Uebertretung polizeilicher Vorschriften und Neigung zum Trunk oder zu Ausschreitungen. Hiernach besteht wohl die Hoffnung, daß es mit der Zeit mehr und mehr gelingen wird, ungeeigneten Elementen das Führen von Kraftfahrzeugen zu unterbinden und damit auch auf diesem Wege die mit dem Automobilverkehr verbundenen Gefahren auf das geringste Maß zurückzuführen.

* **Erleichterung der Quittungserteilung beim Rentenbezug.** Um den Empfängern von Unfallentschädigungen und Invalidenbezügen die Ausfertigung ihrer Quittungen zu erleichtern, hat das Reichsversicherungsamt die Berufsgenossenschaften, Versicherungsanstalten und Ausführungsbehörden veranlaßt, den Zahlungsempfängern fortan die Quittungsformulare für die erste Rentenerhebung — bei sogenannten Spitzrenten für die erste und nächste — sowie für alle einmaligen Zahlungen ausgefüllt zu übersenden, so daß die Formulare nur noch zu unterschreiben und zu beglaubigen sind. Außerdem werden die Rentenempfänger von den Versicherungsträgern bei Uebersendung der ausgefüllten Quittungsformulare über monatliche und vierteljährliche Zahlungen durch Buntstempeldruck darauf hingewiesen werden, daß die späteren Quittungen über laufende Zahlungen ebenso auszufertigen sind, daß nur die entsprechende andere Zeitangabe einzutragen ist.

* **Der Professorenstreit und das Kultusministerium.** Die „Nordd. Allg. Ztg." führt aus:

„In einem Teile der Presse wird noch immer an der Behauptung festgehalten, daß das Kultusministerium an den Angriffen gegen die Professoren Wagner, v. Schmoller und Sering während ihres Streites mit Professor Bernhard beteiligt gewesen sei. Der Minister hat dies im Abgeordnetenhause schon mit großer Entschiedenheit bestritten und Beweise gefordert. Was bisher dafür vorgebracht worden ist, hat sich als belanglos ergeben. Auch Professor Bernhard hat erklärt, daß ihm nicht das mindeste von einer Beteiligung des Ministeriums an der Preßpolemik bekannt ist. Professor Hinneberg veröffentlichte die bekannte Erklärung, als hätte er sich den Unwillen des Ministeriums durch den Versuch zugezogen, die Presse gegen Bernhard zu beeinflussen. Dem Minister blieb sonach nichts übrig, als Hinneberg im Abgeordnetenhause von sich abzuweisen."

* **Nochmals Baron de Mathies.** Die in München erscheinende Wochenschrift für religiöse Kultur „Das neue Jahrhundert" enthält bekanntlich in der Nummer vom 19. März einen Aufsatz, in dem es u. a. heißt:

Baron de Mathies habe, wie er einem kirchlich hochstehenden Herrn auf Ehrenwort versicherte, auch nicht die geringste Weisung von Rom bekommen, dem König von Sachsen gegenüber etwas gut zu machen. Er habe lediglich auf die Zeitungsnotizen hin an den Nuntius Frühwirth und den Prinzen Max von Sachsen ein Schreiben zur Weiterbeförderung an den König gerichtet, mit dem der König sich zufrieden erklärte.

Demgegenüber betont das „Dresdener Journal" nochmals, daß der apostolische Nuntius in München den Monsignore Mathies im Auftrage des Papstes nach München zitiert und ihm dort wegen seines Verhaltens gegenüber Sr. Maj. dem König von Sachsen mündlich die schärfste Mißbilligung des Papstes eröffnet hat, daß Herr Mathies hierauf die in seinem Buche begangene Beleidigung selbst mißbilligt hat, das er versprochen hat, um das geschehene Unrecht wieder gut zu machen, die beleidigende Stelle seines Buches in einer Neuauflage zu streichen und sich auch in Zukunft vor jeder Ehrfurchtsverletzung gegenüber Sr. Maj. dem König zu hüten. Wie diesem Tatbestande gegenüber Baron de Mathies auf Ehrenwort hat versichern können, daß er von Rom nicht die geringste Weisung erhalten habe, sein Unrecht wieder gut zu machen, ist unverständlich. Wenn seine ehrenwörtliche Erklärung nicht noch in die Zeit vor seine Zitierung nach München fällt, so muß ihn sein Gedächtnis merkwürdig im Stich gelassen haben.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

56. Sitzung vom 23. März, 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Dallwitz, v. Trott zu Solz, Beseler, Frhr. v. Schorlemer, Lentze.

Dritte Lesung des Etats.

In der Generaldiskussion bemerkt unter allseitiger Spannung

Abg. Dr. **v. Heydebrand** (kons.): Einige Worte zur Stellungnahme Preußens zu der elsaß-lothringischen Frage. Die Verwendung der preußischen Stimmen im Bundesrat ist ein Regierungsakt, der wie alle anderen der Kontrolle der preußischen Volksvertretung unterliegt. (Sehr richtig! rechts.) Ich verhehle nicht, daß wir dem Standpunkt der Regierung bei Vertretungen des preußischen Staatsinteresses im Bundesrate nicht zu folgen vermögen. Wir behalten uns vor, die preußische Staatsregierung zu gegebener Zeit zur Rechtfertigung aufzufordern. (Hört! hört! links. — Lebhafte Zustimmung rechts.) Die preußischen Landesinteressen werden von der Frage, wie Elsaß-Lothringen verfassungsmäßig im Deutschen Reiche dasteht, erheblich berührt. Es handelt sich hier um die Sicherheit des Deutschen Reiches. Das Reich verdankt seine Existenz zum großen Teil der preußischen Macht und der preußischen Politik, dem starken Heer und der starken preußischen Monarchie. (Stürmischer Beifall rechts.) Das gibt uns das Recht, auszusprechen, daß wir die Gestaltung der elsaß-lothringischen Vorlage nicht für eine glückliche und richtige halten. Durch Einführung von drei neuen Stimmen für Elsaß-Lothringen, die zwar gegen, aber nicht für Preußen gezählt werden sollen, wird der preußische Einfluß im Deutschen Reiche außerordentlich geschmächt. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Es ist nicht zweifelhaft, daß unsere historische Machtstellung sich nicht auf Selbstverleugnung aufbaut. Auch sehen wir keine Gegenkonzessionen gegen die sehr erhebliche Schmälerung des preußischen Einflusses im Bundesrat. Schon bei der Gründung des Reiches war der preußische Einfluß vielleicht schon auf das alleräußerste Maß zugeschnitten. Der deutschen Zukunft bedeutet es kein Glück, wenn eine Schwächung des preußischen Einflusses vorgenommen wird. Wir halten es daher für eine deutsch-nationale Pflicht, auszusprechen, daß wir anderer Meinung sind als die Regierung. Die preußisch-konservative Partei würde ihres Namens nicht wert sein, wenn sie nicht den Mut hätte, das auszusprechen. Die Regierung darf sich keiner Täuschung hingeben, daß das, was ich hier mit aller Mäßigung, aber wie ich glaube, auch mit aller Entschiedenheit gesagt habe, in tausend patriotischen Herzen wiederklingt. (Stürmischer Beifall rechts.)

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.): Die Kritik des Verhaltens Preußens im Bundesrat ist unser Recht. Aber so eine große Bedeutung kann ich der jetzigen Frage nicht zusprechen. Besser wäre freilich gewesen, die ganze Verfassungsfrage im Reich jetzt nicht anzuschneiden. Käme es jetzt zu einer Schmälerung des preußischen Einflusses, so würden wir es beklagen. Die Vormacht Preußens darf nicht berührt werden. (Beifall.)

Abg. Frhr. **v. Zedlitz** (fkons.) empfiehlt zunächst den von allen bürgerlichen Fraktionen eingebrachten Antrag, den Landtag künftig so zeitig einzuberufen, daß die größeren Vorlegen vor Weihnachten in erster Lesung beraten und an Kommissionen verwiesen werden können und die Vorlagen sämtlich beim Zusammentritt des Landtages vorzulegen. Zu fragen ist, ob nicht die Höchstdauer der Reden auf eine Stunde festzusetzen ist. Nun zur Rede des Abg. Dr. v. Heydebrand. Sicher begegnet die Rede Beifall in der elsaß-lothringischen Kommission des Reichstages den lebhaftesten Bedenken. (Lebh. Zustimmung.) Die Dinge liegen so, daß die Stimmen Elsaß-Lothringens künftig im süddeutschen demokratischen Sinne abgegeben werden, und das ist zugleich eine Schwächung des monarchischen Gedankens. (Lebh. Zustimmung.) Bei Gründung des Reiches war Preußens Selbstverleugnung am Platze. Aber jetzt hat Preußen seinen Einfluß hochzuhalten. (Sehr wahr!) Besser wäre es gewesen, die elsaß-lothringische Frage im Reich jetzt überhaupt nicht anzuschneiden. (Sehr richtig!) Die Regierung hat hier nicht mit der Weisheit gehandelt, die ihr sonst eigen ist. Sie möge sich bemühen, den bisherigen Zustand bald wieder herzustellen. (Stürmischer Beifall rechts.)

Abg. **Fischbeck** (fortschr.): Dem vorliegenden Antrage stimmen wir zu. Nirgends herrscht so viel Reaktion wie in Preußen. Wie oft wird das freiheitliche Versammlungsrecht geschmälert! Der Kampf der Konservativen um die evangelische Freiheit war nur ein Scheingefecht. Der Modernisteneid zwingt, die Unwahrheit zu sagen. (Unruhe im Ztr.) Das Volk wird die Antwort geben. (Anhaltende Heiterkeit.)

Abg. Dr. **Porsch** (Ztr.): Der Vorredner wird gestatten müssen, daß wir Katholiken auch noch da sind. Wir verbitten uns diese ewigen Eingriffe in die inneren Angelegenheiten der katholischen Kirche. (Stürmischer Beifall im Ztr.) Bei den Wahlen werden meine Freunde die Antwort geben. (Erneuter Beifall im Ztr.) Dem vorliegenden Antrage stimmen wir zu. Was die elsaß-lothringische Frage betrifft, so hoffen wir auf eine Lösung, die den Interessen des Reiches und Preußens entspricht. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. **Liebknecht** (Soz.): Auch wir sind für den vorliegenden Antrag. Was den konservativen Vorstoß betrifft, so behandeln die konservativen ja die Regierung wie einen Hund. (Präsident v. Kröcher ruft den Redner zur Ordnung.) Die Ermordung des Arbeiters Herrmann ist ein Schandmal der Polizeiverwaltung. (Präsident v. Kröcher ruft den Redner zum zweiten Male zur Ordnung.) Die Nationalliberalen wissen immer noch nicht, ob sie nach rechts oder links sollen.

Abg. Dr. Frhr. **v. Erffa** (kons.): Wir haben stets offen ausgesprochen, wenn wir mit der Haltung der Regierung nicht einverstanden waren, werden dies aber immer in dem Tone tun, den wir aus der Kinderstube gewöhnt sind. Daß Abg. Fischbeck gerade jetzt Abrechnung verkündigte, war auffällig; seine Partei hat doch aber ein Bündnis auf Leben und Tod mit der Sozialdemokratie geschlossen. (Sehr wahr!) Wenn jetzt wiederholt gleichzeitig Plenar- und Kommissionssitzungen stattfinden mußten, so liegt das daran, daß zu viel und zu lange geredet wird. (Lebhafte Zustimmung.) Die Sozialdemokraten haben kein Augenmaß und kein Verständnis für die Geschäftslage. Wir bitten, den Antrag anzunehmen. (Beifall.)

Abg. Dr. **Schiffer** (nl.): Abg. v. Heydebrand zeigte wieder große Entschiedenheit im Ton. Nur Frhr. v. Zedlitz ging noch weiter. (Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg betritt den Saal.) Gewiß, preußische Art muß hochgehalten werden. Aber ein schwererer Vorwurf kann nicht erhoben werden, als der, der Ministerpräsident habe Preußens Interessen nicht gewahrt. Das heißt doch, diese Interessen seien bei Herrn von Bethmann Hollweg nicht in guter Hand. (Unruhe rechts.) Die Konservativen übersehen, daß der Starke nachgeben kann, weil er stark ist. Kaiser Wilhelm I. sprach von moralischen Eroberungen, und um solche handelt es sich hier. (Heiterkeit rechts.) Um Majorisierung kann es sich im Bundesrat auch nicht handeln. Das wäre der Anfang vom Ende. Preußens Interessen sind durch das Vorgehen der Regierung nicht verletzt. (Beifall links.)

Ministerpräsident Dr. **von Bethmann Hollweg**: Die Ausführungen der Abgg. Dr. v. Heydebrand und Frhrn. v. Zedlitz habe ich nicht selbst gehört. Sie gaben den Besorgnis über die elsaß-lothringische Frage Ausdruck. Die Konservativen des Reichstages lehnen die Vorlage ab, sie handeln also folgerichtig. Anders bei den Freikonservativen. Frhr. v. Zedlitz sprach von einer Mißachtung preußischer Lebensinteressen. Dieser Auffassung muß ich mit Entschiedenheit widersprechen. Freikonservative und Reichspartei decken sich hier in ihrer Haltung nicht. Die Reichspartei machte ihre Zustimmung zur Vorlage von der Verleihung von Bundesratsstimmen abhängig. (Lebhaftes Hört! hört! links.) Auf die elsaß-lothringische Frage will ich nicht näher eingehen; meine Stellung habe ich ja im Reichstage ausführlich dargelegt. Die größere Verselbständigung des Reichslandes ist ein Gewinn auch für das Reich. Der Wunsch des Reichslandes nach Verleihung von Bundesratsstimmen ist verständlich. Ich bedauere, daß hier und da das Reichsland nur als Glacis angesehen wird. Wir wollen es doch kulturell und geistig mit dem Reich so eng wie möglich verbinden. (Sehr richtig!) Die Beteiligung des Elsaß im Bundesrat ist geeignet, diese Verschmelzung zu fördern. Auf diesem Standpunkte habe ich von jeher gestanden und alle Parteien, welche die Verabschiedung der Vorlage wünschen, sind für die Verleihung der Bundesratsstimmen. Die gesunde Lösung dient dem Interesse des Reichs und der Reichslande und ist für Preußen annehmbar. Wir können in Preußen keine kleinlich rechnende Politik treiben. Die großen Fragen des Reichs werden nicht als ein Rechenexempel gelöst. Große Fragen fordern Einstimmigkeit. So werden auch die drei Stimmen des Elsaß den Einfluß Preußens nicht untergraben. Preußens Einfluß beruht auf seinen geschichtlichen Leistungen und seiner geschichtlichen Mission. Seine Stellung im Bundesrat aufrecht zu erhalten, wird unser

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191103242-17/fragment/page=0001

Bestreben sein. Wenn wir jetzt wieder einen Schritt vorwärts tun, so setzen wir uns nicht Vorwürfen aus, sondern erfüllen Pflichten und Aufgaben gegen das Reich. (Lebhafter Beifall links.)

Abg. Dr. **v. Woyna** (frkons.): Wir begrüßen das Versprechen des Ministerpräsidenten, den preußischen Geist im Bundesrat hochzuhalten. Aber wir fühlen uns verpflichtet, unsere Sorgen hier auszusprechen. Abg. Schiffer sprach wieder so doktrinär, wie wir es von den Liberalen schon gewöhnt sind. (Lärm links.) Die Selbstüberhebung der sozialdemokratischen Kritik wird nachgerade pathologisch. (Lebhafte Zustimmung.) Außerhalb des Hauses würden wir wohl kaum geneigt sein, uns dreistündige Reden anzuhören. Wir müssen eben unbedingt dahin kommen, daß hier nur vernünftig geredet wird. (Heiterkeit und Zustimmung.)

Ein Schlußantrag wird angenommen. Der Antrag über die frühere Einberufung des Landtages wird einstimmig angenommen.

In der Einzelberatung werden mehrere Etats ohne erhebliche Besprechung angenommen.

Beim Forstetat bemerkt

Abg. **Ströbel** (Soz.): Wer den Wald- und Forstarbeitern das Koalitionsrecht vorenthält, begeht Rechtsbruch.

Abg. **Busch** (Ztr.): Die Sozialdemokratie terrorisiert die Arbeiter. (Abg. Liebknecht: Schwindeln Sie doch nicht so dummes Zeug zusammen! Vizepräsident Dr. Porsch ruft den Abg. Liebknecht zur Ordnung.)

Abg. **Ströbel** (Soz.): Nur die christlichen Gewerkschaften terrorisieren.

Abg. **Imbusch** (Ztr.): Die Sozialdemokratie ist die Partei des organisierten Terror.

Minister **Frhr. v. Schorlemer**: Ein Bedürfnis auf Organisation der Forstarbeiter ist nicht zuzugeben. Diejenigen Arbeiter, die den Frieden stören, müssen aus den staatlichen Betrieben entfernt werden.

Beim Etat der Ansiedlungskommission meint

Abg. Dr. **Mizerski** (Pole): Wir fordern besondere Abstimmung.

Der Etat wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Polen und Sozialdemokraten angenommen.

Beim landwirtschaftlichen Etat versichert

Minister **Frhr. v. Schorlemer**: Zur Hilfsaktion gegen den Heu- und Sauerwurm werden die vom Staate angesetzten Beihilfen genügen. Wir tun alles, um die Lage der Winzer zu verbessern.

Abg. **Meyer-Diepholz** (nl.): Ich bitte um mildere Handhabung der Sperrvorschriften bei der Maul- und Klauenseuche.

Abg. **Gaigalat** (kons.): Die Fischmeister sollten mehr Berater der Fischer sein als Polizeibeamte.

Abg. **Leinert** (Soz.): Die Kinderarbeit auf dem Lande muß beseitigt werden. Die Gesindeordnung sollte im 20. Jahrhundert längst aufgehoben sein. In dem Bericht der Landwirtschaftskammer der Provinz Sachsen, zu deren Sitzung der Präsident des Abgeordnetenhauses nicht erscheinen konnte, weil er mit der Erziehung der Sozialdemokratie zu sehr beschäftigt ist (Zustimmung und Heiterkeit), wird zugegeben, daß von Arbeitermot nicht die Rede sei. Leider haben wir über den ländlichen Arbeitsmarkt keine zuverlässige Statistik.

Freitag: Fortsetzung.

Schluß nach 6 Uhr.

Deutscher Reichstag.

155. Sitzung vom 23. März, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: v. Lindequist.

Die zunächst vorgenommenen namentlichen

Abstimmungen zur Kaliabgabe

ergeben die Ablehnung des fortschrittlichen Antrages, politische Organisationen von der Zuwendung auszuschließen, mit 197 gegen 130 Stimmen sowie die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages, die ganze Kaliabgabe der Reichskasse zu überweisen, mit 237 gegen 88 Stimmen.

Es folgt die zweite Lesung des

Kolonialetats.

Die Fragen des Baumwollbaues, der Schafzucht sowie sämtliche bergrechtliche Verhältnisse einschließlich der Diamantenregie und die Aufbringung der südwestafrikanischen Kriegskosten werden aus der Aussprache ausgeschieden.

Abg. **Erzberger** (Ztr.): Der neue Staatssekretär vertritt seinen Etat zum erstenmal vor dem Reichstag. Mit der finanziellen Gestaltung des Etats können wir zufrieden sein, 75 Prozent der Ausgaben werden schon von den Schutzgebieten selbst getragen. Man sollte aber nach einem großzügigen Plan die ganzen Schutzgebiete aus dem Reichszuschuß herausnehmen. Die Schutztruppe könnte erheblich verringert werden. Die Eingeborenenfrage ist jetzt die Hauptsorge unserer Kolonialpolitik. Wir hoffen, daß die Unruhen in Ponape zu einer Entwaffnung der Eingeborenen führen werden. Das mag schwer sein, läßt sich aber jetzt gewiß durchführen. Dazu ist es nötig, daß die letzten Reste der Zwangsarbeit beseitigt werden, die sich noch nirgends bewährt hat. Weit eher empfiehlt sich die Besteuerung der Eingeborenen. Die staatlichen Behörden müssen immer Hand in Hand gehen mit den Missionaren. Das geschieht ja mit wenigen Ausnahmen auch überall. Der Ruf nach Selbstverwaltung wird immer lauter und immer berechtigter, besonders in Samoa und in Südwest. Natürlich hat die Selbstverwaltung die Selbsterhaltung zur Voraussetzung. Die von allen Seiten gewünschte Landes-Kreditanstalt sollte zunächst in Südwest errichtet werden, und zwar unter staatlicher Mitwirkung. Der Mangel an Kolonialbeamten scheint nun endgültig aufgehört zu haben. Die Frage der Nachverzollung, die zu großen Unzuträglichkeiten geführt hat, bedarf dringend einer befriedigenden Lösung.

Abg. Dr. **Droescher** (kons.): Der Präsident hat aus dem Kolonialkuchen soviel Rosinen herausgenommen und Herr Erzberger hat das übrige aufgegessen. (Heiterkeit.) Der Etat selbst gibt an sich wenig Anlaß zu längeren Ausführungen. Man erkennt überall die gute, stetige Entwicklung der Schutzgebiete. Wir haben den Eindruck, daß wir jetzt in der Kolonialverwaltung eine glückliche und stetige Richtung eingeschlagen haben. Auch wir begrüßen die Tätigkeit der Missionen in ihrer Kulturarbeit unter den Eingeborenen. Unsere Kolonien waren ohne die Mission nicht so vorwärtsgekommen, wie es tatsächlich der Fall ist. Wir freuen uns, daß sich die Einnahmen so günstig entwickelt haben und die Belastung des Reichsetats zurückgegangen ist. Wir hoffen, daß es gelingen möge, etwaige Härten in der Frage der Nachverzollung zu beseitigen oder mindestens zu mildern. Unsere Gegner haben uns immer vorgeworfen, daß es uns an Verständnis für koloniale Unternehmungen fehlt. Das Verständnis für Kolonialfragen ist erst in den letzten Jahren tief ins Volk hineingedrungen. Das Verständnis für die Notwendigkeit, für die Bewirtschaftung der Kolonien ist heute Gemeingut fast aller Schichten der deutschen Bevölkerung. Bis tief in die Reihen der Sozialdemokraten wurzelt das Verständnis für die Bedeutung der Kolonien für unsere Volkswirtschaft und die deutsche Arbeit. Es wäre komisch, wenn sich gerade meine Freunde diesem praktischen Verständnisse verschlossen haben sollten. Meine Parteifreunde denken nicht daran, die Rechtssicherheit in den Schutzgebieten zu gefährden und sind für alle derartige Maßnahmen nicht zu haben. Bei den Kolonien handelt es sich um eine Ergänzung unserer heimischen Volkswirtschaft. Wir begrüßen es, daß der Staatssekretär betont hat, daß unsere Schutzgebiete nicht zu einer Konkurrenz, sondern zu einer Ergänzung unserer heimischen Volkswirtschaft dienen sollen. Größere Bedeutung haben die Kolonien für unsere heimische Erzeugung. Zu begrüßen ist es, daß die Verwendung der Abgabe des Kalibergbaues der Kolonialverwaltung überwiesen wird. Eine gute Veterinärpolizei ist für die koloniale Viehzucht unentbehrlich. Die ostafrikanische Zentralbahn muß ohne jede Unterbrechung weitergeführt werden. Jedenfalls wünschen wir dem Herrn Staatssekretär zu seinem verheißungsvollen Anfange Glück und hoffen, daß es ihm gelingen wird, noch recht lange mit derselben Sorgfalt für unsere Kolonien tätig zu sein. (Lebh. Bravo! rechts.)

Abg. **Lebebour** (Soz.): Herr Droescher schwärmt jeden Staatssekretär an. Er hat stark verwässert die Ausführungen Erzbergers wiederholt. Er hat versucht, in unsere Seelen zu sehen. Aber unsere Partei ist immer noch gegen die Kolonialpolitik. Redner bespricht dann Streitigkeiten zwischen den Kaffern und der Firma Koppel. Die mit den ersteren abgeschlossenen Verträge sind unsittlich. Wir protestieren gegen die Parteinahme des Staatssekretärs für die Arbeitgeber und gegen die Eingeborenen. Auch jetzt verlangen wir, daß die Herero soviel Land bekommen, als sie vor dem Kriege hatten. Die Freisinnigen setzen sich in frivoler Weise mit ihren eigenen Grundsätzen in Widerspruch. (Vizepräsident **Schulz** rügt den Ausdruck „frivol".)

Abg. Dr. **Goller** (fortschr.): Wir stehen dem Staatssekretär ebenso unvoreingenommen wie seinem Vorgänger gegenüber. Wir schätzen ihn als tüchtigen Praktiker und Kenner der Verhältnisse. Eine Verringerung der Schutztruppe ist unmöglich. In den Kolonien müssen vor allem Aerzte, landwirtschaftliche und Forstbeamte geschickt werden. Die Scheußlichkeiten der Herero sind nicht aus der Welt zu schaffen. Ihre Strafe haben sie erhalten. Eingeborene und Eingeborene sind nicht immer dasselbe. Der Abg. Lebebour sollte doch erst einmal die notwendigen Studien machen. Wir unterstützen alle Wünsche aus den Kolonien auf Selbstverwaltung. Eine Konkurrenz der heimischen Landwirtschaft durch die koloniale sei vorläufig nicht zu befürchten. (Beifall.)

Abg. Dr. **Paasche** (ntl.): Herr Lebebour hat eine unnütze scharfe Kritik an der Rede des Abg. Droescher geübt. Jeder Redner muß doch eine allgemeine Kritik üben können. Manche übertriebene Hoffnung ist an die Kolonien geknüpft, nicht immer sind sie erfüllt worden. Herrn Dernburg ist eine großzügige Kolonialpolitik zu danken. Er hat neue Unternehmungen, vor allem den Ausbau des Eisenbahnnetzes, gefördert. Es ist unerhört, wenn man sagt, daß Herr Dernburg Verträge zugunsten einiger Gesellschaften geschlossen habe. Wer in den Kolonien arbeitet, muß mehr verdienen können als im Inlande, da auch mehr auf dem Spiele steht. Unsere Kolonien sind ergänzende Faktoren der deutschen Wirtschaft.

Abg. **v. Liebert** (Rp.): Die wichtigsten Punkte sind ja schon erörtert worden. Ich will nur den Eisenbahnbau und die Siedlungsfrage besprechen. Ich bedaure, daß ich vor zehn Jahren schon Gouverneur gewesen bin und nicht jetzt. Heute ist es eine größere Freude, in der Kolonie zu arbeiten, als damals. Heute bemerkt man überall freudige Arbeit. Der Bahnbau ist segensreich für die Kolonien. Wir erreichen einen Weltrekord in der Beförderung wertvoller Materialien durch die Bahn. Die Besteuerung der Eingeborenen ist notwendig und durchführbar. Die Entwicklung der Verkehrsverhältnisse wird auch die Einkommensverhältnisse der Eingeborenen fördern.

Schluß des Berichts 6 Uhr.

Ausland.

Englische Preßstimmen zur Bagdadbahnfrage.

Das Londoner Blatt „Daily Chronicle" schreibt zu der Bagdadbahnfrage:

Weil alle Beteiligten in gleicher Weise von dem Wunsche beseelt waren, Unruhen zu etwaigen Reibereien zu beseitigen, mußte es möglich sein, eine alle Teile befriedigende Lösung der Frage herbeizuführen. Deutschland hat ein Interesse an der Regelung, die ihm die Durchführung dieses großen Unternehmens bis an die See sichert, die Türkei hat ein Interesse daran, ihre Einkünfte zu erhöhen und Einnahmequellen zu entwickeln. Englands Interesse ist es, sich eine faire Behandlung der Tariffrage zu sichern und darauf zu achten, daß die vorherrschenden Interessen am Persischen Golf nicht gefährdet werden. Aber alle diese Interessen stehen durchaus nicht notwendigerweise miteinander in Widerstreit.

Die „Morning Post" schreibt:

Im ganzen ist es wahrscheinlicher, daß die Regierung durch eine Beteiligung an dem Bagdaddbahnprojekt eher zu befriedigenden Beziehungen zu Deutschland kommt, d. h. zu einem Verständnis der Ziele und Absichten der Politik Deutschlands, als wenn sie sich davon fernhält. Dagegen ist wohl ein Zweifel erlaubt, ob nicht manchmal den Angelegenheiten in diesem Teile des Ostens einschließlich Persiens und Mesopotamiens eine zu große Wichtigkeit beigemessen wird. Die dortigen Absatzgebiete sind nicht so groß; auch die strategische Bedeutung wird leicht übertrieben.

Der „Daily Graphie" sagt:

Lord Morleys Versicherung, daß die Regierung alle wichtigen Interessen Englands in der Gegenwart und Zukunft wahrnehmen wird, ist um so wertvoller, als sie mit einem ausgesucht freundlichen Hinweis auf die Rechte und Interessen Deutschlands verbunden war. Es wird nichts dadurch gewonnen, wenn man solche Rechte ignoriert und versucht, darüber hinwegzugehen.

Frankreich und der Bau von Eisenbahnen in der Türkei.

Die angekündigten Vorbesprechungen mit der französischen Regierung über den mit dem Abschluß der 25 Millionen-Pfundanleihe in Zusammenhang stehenden Bau von Eisenbahnen im Ausmaße von 3500 Kilometern in der asiatischen und europäischen Türkei scheinen nunmehr in ein entscheidendes Stadium zu treten. Die anatolischen Linien sind Samsun—Siwas, Siwas—Wan, Siwas—Erzerum sowie zwei Zweiglinien. Infolge des früheren Abkommens mit Rußland, wonach russische Kapitalisten ein Vorzugsrecht für den Bau von Eisenbahnen im Schwarzen-Meer-Becken besitzen, werden diese Linien von der türkischen Regierung direkt mit Unterstützung französischen Kapitals gebaut; in den Linien der europäischen Türkei ist auch eine Anschlußlinie an die bulgarischen Bahnen einbegriffen. — „Tanin" hebt die Bedeutung der mit Frankreich gleich nach dem Einvernehmen über die Bagdadbahn angeknüpften Verhandlungen hervor und erklärt, auf Seite der Türkei existiere kein Hindernis, daß der Vertrag noch in dieser Session der Kammer vorgelegt werde.

Spanien und das französisch-marokkanische Abkommen.

Die spanische Presse gibt trotz der offiziösen Veröffentlichungen aus Paris ihrem Unmut über das Vorgehen Frankreichs in Marokko erregten Ausdruck. Die Madrider Blätter geben im Zusammenhange damit Gerüchte von bevorstehenden Veränderungen im Ministerium wieder. — Der Madrider „Imparcial" bespricht das Abkommen, insbesondere mit Bezug auf den Bau der Eisenbahn von Tanger nach Alkassar, welcher die Rechte verletze, die Spanien durch die Algecirasakte erlangt habe. „Imparcial" forderte den spanischen Minister des Aeußern auf, sich klug und energisch zu zeigen; es wäre die ganze öffentliche Meinung, daß der Bau dieser Bahn eine wirtschaftliche Notwendigkeit sei, welche man Frankreich nicht überlassen dürfe, sondern die die Spanier selbst durchführen müßten. „Liberal" kritisiert ferner die Irrtümer, welche von den leitenden Kreisen Spaniens begangen seien, und erklärt, wenn man in Marokko die Aufgaben, mit denen Spanien beauftragt sei, nicht durchführen könne, solle man nach Hause gehen, bevor man vor die Tür gesetzt werde. Alle Blätter geben die Gerüchte von großen bevorstehenden Veränderungen im Ministerium wieder.

Eine spätere Meldung aus Madrid, 23. März, besagt dagegen: Der Ministerrat hielt heute unter dem Vorsitz des Königs eine Sitzung ab. Er befaßte sich u. a. mit der französisch-spanischen Verstimmung, die nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten Canalejas bei den herzlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern in befriedigender Weise beigelegt werden dürfte.

*

Die Ministerkrisis in Italien. Der König von Italien empfing am Donnerstag nachmittag Giolitti.

Stolypin bleibt. Der russische Ministerpräsident Stolypin wurde am Donnerstag vormittag vom Kaiser empfangen und nahm seine Demission zurück.

Stolypin und seine Gegner. Der Generalgouverneur von Kiew, Trepow, hat Befehl erhalten, unbezüglich über seine Aeußerungen wegen der Deputationen aus Kiew und Podolien, die im Januar vom Kaiser empfangen wurden und die Einführung von Semstwos in den westlichen Gouvernements befürworteten, Bericht zu erstatten. Die Reichsräte Trepow und Durnowo hatten diese Deputationen als „Fälschungen Stolypins" bezeichnet und damit den Ministerpräsidenten veranlaßt, sein Rücktrittsgesuch einzureichen.

Das Befinden des russischen Ministers Sassonoff. Sassonoff unterzog sich am Donnerstag einer Operation, die dem Kranken einige Erleichterung brachte; doch bleibt sein Zustand bedenklich.

Russische Marinefragen. Die Finanzkommission des russischen Reichsrats sprach am Donnerstag bei der Beratung des Marinebudgets den Wunsch aus, die Marineverwaltung möge die Flottenkommandos numerisch einschränken, da die Zahl im Verhältnis zu der der auswärtigen Flotten zu hoch sei. Obwohl der Vertreter der Marineverwaltung nur eine unbedeutende Einschränkung zulassen wollte, beharrte die Kommission dennoch bei dem Wunsche, den ein Mitglied, das jüngst die materielle Lage der Marineverwaltung untersuchte, begründete. Ferner wünschte die Kommission eine Einschränkung der Ausgaben für Reparaturen und Neuarmierung, die 50 Prozent der für den Bau neuer Schiffe erbetenen Kredite ausmachten, und sprach sich für die Wiederherstellung der von der Reichsduma eingeschränkten Kredite für die Flotte des Schwarzen Meeres in der von der Marineverwaltung geforderten Höhe aus. Was die Neubauten betrifft, beabsichtigt die Kommission, falls die Reichsduma das Schiffsbauprogramm ablehnen oder die Kredite für die Neubauten beschneiden sollte, vor einer Meinungsverschiedenheit mit der Reichsduma nicht zurückzuschrecken, damit der bereits begonnene Bau der Kriegsschiffe nicht aufgehalten werde.

Nach dem französischen Eisenbahnerstreik. Der Unterstaatssekretär im französischen Justizministerium hat angeordnet, daß solche Eisenbahner, die sich noch seit dem letzten Ausstande in Haft befinden, als politische Gefangene behandelt werden sollen.

Die Luftschiffahrt.

Vier Freiballons,

die in Griesheim aufgestiegen waren, wurden von Frankfurt, Darmstadt, Karlsruhe und Gotha mit drahtlosen Depeschen bedient, die von den Apparaten aller Ballons tadellos aufgenommen worden konnten.

Einen Flug mit 11 Passagieren

unternahm gestern in Douai der französische Flieger Breguet. Er erstreckte sich über 3 Kilometer. Das Gesamtgewicht betrug 1183 Kilogramm.

Aus Nah und Fern.

Die Hamburger Spionageaffäre. Trotz der bestimmten Erklärung, daß die Behörden im Interesse der Sache zurzeit noch nicht in der Lage seien, sich über Einzelheiten in der Spionageangelegenheit zu äußern, fahren einige deutsche Blätter, denen sich auch englische Zeitungen anschließen, fort, Einzelheiten darüber zu bringen. Diesem Treiben gegenüber muß nochmals mit aller Entschiedenheit betont werden, daß solche Nachrichten, abgesehen von einigen schon bekannten nebensächlichen Punkten, auf freier Erfindung beruhen. Sobald ohne Gefährdung der Untersuchung weiteres mitgeteilt werden kann, wird es der Oeffentlichkeit von den Behörden nicht vorenthalten werden.

Die Einwohnerzahl Ungarns. Das amtliche Ergebnis der Volkszählung in Ungarn beträgt 20 850 700. Die Vermehrung in den letzten 10 Jahren stellt sich auf 1 596 000 = 8,3 Prozent.

Wegen schweren Raubes verurteilt. Das Schwurgericht des Landgerichts Berlin II verurteilte den Küchenchef Martin Kuhmann wegen versuchten schweren Raubes, begangen gegen den Geschäftsführer Leopold vom Grand Hotel in Schöneberg bei Berlin, dem Antrage des Staatsanwalts entsprechend zu sechs Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Ferner wurde der Hausdiener Bruno Kalkowski wegen Beihilfe zu schwerem Diebstahl unter Zubilligung mildernder Umstände zu einem Jahr Gefängnis verurteilt.

Berliner Gemeindesteuern. Die Berliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern bei Festsetzung des Gesamtetats mit 309 Millionen Mark den Gemeindesteuerzuschlag bei 100 Prozent belassen.

Der wegen Unterschlagung von 100 000 Mark steckbrieflich verfolgte Direktor Tondorf von der Kaiserkeller-Aktiengesellschaft zu Berlin, der in Coruña verhaftet worden war, ist gestern mit dem Dampfer „König Wilhelm II." in Hamburg eingetroffen und wird nach Berlin übergeführt werden.

Der Räuber Stratmann, der neuerdings den Ueberfall auf einen Transport von 275 000 Mk. Lohngeldern fiskalischer Zechen verübt hat, wurde, nach einer Meldung aus Oberhausen, gestern verhaftet. Er hat noch 16 Jahre Zuchthaus zu verbüßen.

Der 1465 Meter lange Rosenberg-Tunnel, der eine bessere Eisenbahnverbindung nach dem Bodensee und Süddeutschland ermöglichen soll, ist gestern bei St. Gallen durchgeschlagen worden.

Provinz Sachsen und Umgebung.

Verschärfung im Chemnitzer Lohnkampfe.

Der Lohnkampf in der Chemnitzer Metallindustrie hat eine weitere Verschärfung erfahren. Nachdem bereits vor einigen Tagen sich die Kupferschmiede mit den Ausgesperrten solidarisch erklärt hatten, treten jetzt in einer Anzahl von Betrieben die noch arbeitenden Schlosser und Dreher in den Ausstand. Die Metallindustriellen geben bekannt, daß die einzelnen Werke bereit seien, die Wünsche ihrer Arbeiter wohlwollend in Erwägung zu ziehen, daß sie es jedoch ablehnen, mit den sozialdemokratischen Organisationen oder ihren Vertretern zu verhandeln.

*

— **Grabo** (Kr. Schweinitz), 23. März. (Schwere Explosion im Schulgebäude.) Hier ereignete sich im Schulgebäude eine schwere Explosion. Der 10jährige Schulknabe Schulz hatte eine Dynamitsprengkapsel gefunden und stocherte während der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191103242-17/fragment/page=0002

Pause im Schulzimmer mit einem Schieferstift daran herum. Plötzlich erfolgte eine Explosion. Dem Knaben wurde die rechte Hand weggerissen, die linke schwer verletzt. Zwei weitere Schulkinder wurden im Gesicht und an den Händen verletzt.

—i. **Zeitz**, 23. März. (Evangelisch-sozialer Preßverband.) Gestern nachmittag fand eine Ortsgruppenversammlung des Evangelisch-sozialen Preßverbandes für die Provinz Sachsen statt, die sich eines regen Besuches erfreute. In der Eröffnung wies der Vorsitzende, Freiherr von Herzenberg-Heuckewalde, auf die Aufgaben und die Ziele des Preßverbandes hin und erhoffte von der heutigen Veranstaltung wachsendes Verständnis und erfreuliche Mitgliedervermehrung für denselben. Den ersten Vortrag hielt der Geschäftsführer des Preßverbandes, Pastor Swierczewski-St. Ulrich, über „Preßverband und Zeitungsleser" und legte seinen ³/₄stündigen Ausführungen nachstehende Leitsätze zugrunde: „1. Die Tagespresse heute die verbreitetste, gelesenste und billigste Literaturgattung, ist nach Entstehen und Bestehen vielen Zeitungslesern ein unbekanntes Land. 2. Dieses unbekannte Land will der Evangelisch-soziale Preßverband zu einem ihnen vertrauten machen. Er versucht in ihnen das Verständnis zu wecken: a) für die idealen volkserziehlichen Aufgaben der Tagespresse, und b) für die aufreibende und verantwortungsvolle Tätigkeit der Schriftleitung. 3. Als evangelischer Verein möchte der Preßverband die Augen der Zeitungsleser für evangelische Gesichtspunkte schärfen, damit sie in ihrem Blatte eine regelmäßige Wiedergabe ev.-kirchlicher Lebensäußerungen finden und fordern, die die gleiche Beachtung im Zeitungsinhalt beanspruchen können, wie die übrigen Stimmen unserer reich bewegten Oeffentlichkeit. 4. Wo solche Stimmen in anhaltender und würdiger Weise erklingen, müssen andere verstummen, oder wenigstens leiser erklingen, die als grelle Disharmonien die Zeitungssymphonie gefährden: Tagesklatsch und Tratsch, pikante Schilderungen und Anekdoten, lüsterne Feuilletons, sensationelle Gerichtsverhandlungen, Schmutz und Schwindel im Inseratenteil. 5. Trägt der Zeitungsleser in eifriger Förderung seines Blattes durch sachgemäße Kritik und begründeten Protest zur Hebung des Zeitungswesens bei, so leistet er der Tagespresse den besten Dienst, den sie erwarten kann. Sie wird dann immer mehr werden zu dem, was sie sein soll: guter Freund und getreuer Nachbar des deutsch-evangelischen Hauses. — An zweiter Stelle berichtete Pastor Koschade-Kayna, der Leiter der Ortsgruppe, über „Preßverband und Kirchengemeinde". Dient der Preßverband durch seine Arbeit in und an der Tagespresse nur indirekt der Kirchengemeinde, so sorgt er direkt für die Pflege des kirchlichen Gemeindelebens a) durch gelegentliche Herausgabe seiner Flugblätter und b) durch periodische Veröffentlichung von Gemeinde- und Synodalblättern. Erstere, unter dem Gesamttitel „Wegweiser", sind bis jetzt in 8 Nummern und in einer Auflage von 1½ Millionen erschienen; letztere haben in der Provinz, die auch in diesem Stücke an der Spitze in Deutschland marschieren, bereits die Zahl 57 erreicht, und eine Anzahl neuer Blätter steht in Vorbereitung. Sie haben im wesentlichen die Aufgabe, den Gemeindegedanken volkstümlicher als bisher zu machen und den einzelnen Christen an die ihm zukommenden Aufgaben in der Gemeinde und für dieselbe zu erinnern. — Eine lebhafte Besprechung folgte beiden Vorträgen und sprach den Wunsch aus, daß auch für die beiden Synoden Zeitz I und Zeitz II ein Synodalblatt geschaffen werden möchte. 25 neue Mitglieder traten dem Preßverbande bei.

Erfurt, 23. März. (Ein Opfer seines Berufes.) **Bei der aufopfernden Behandlung eines am Scharlach und Diphtherie schwer erkrankten Kindes zog sich der Assistenzarzt Dr. Henkel im städtischen Krankenhause eine Infektion zu, die ihn aufs Krankenlager warf. Die Kunst seiner Kollegen konnte ihn nicht retten; er starb, 27jährig, als Opfer seiner Berufstreue; auch das Kind konnte nicht am Leben erhalten werden.**

— **Salzwedel**, 23. März. (Altertumsfund.) Der Landwirt Heuer in Kemnitz fand beim Pflügen auf seinem Acker Urnenscherben und benachrichtigte sofort den Vorstand des Altmärkischen Museums in Salzwedel. Diesem gelang es, ein Steinkistengrab mit zwei Urnen und einem kleinen Bleigefäß auszugraben. An Beigaben befanden sich in der Knochenasche eine bronzene Nadel mit Doppelknopf und ein bronzenes Rasiermesser mit zurückgebogenem Griff. Der Fund stammt aus der jüngeren Bronzezeit, 1000 bis 500 vor Christus Geburt.

R. **Gotha**, 23. März. (Einen seit langer Zeit von den Beamten gehegten Wunsch) will die Leitung der herzoglichen Witwen- und Waisenkasse nunmehr erfüllen, indem sie hinfort solchen Witwen von Beamten, die minderjährige Kinder haben, eine Erziehungsbeihilfe gewährt. Bislang beziehen die Hinterbliebenen der Beamten, Geistlichen und Lehrer ohne Rücksicht auf die Anzahl der Familienmitglieder eine Pension in Höhe von einem Viertel des Gehaltes, das der Verstorbene zuletzt bezog. Es liegt auf der Hand, daß dadurch eine Witwe mit Kindern nie vor Not geschützt werden konnte. Die Verwaltung der Kasse hat daher die Absicht, in Zukunft zu der Pension der Witwe in obiger Höhe für jedes Kind unter 16 Jahren einen Zuschuß von 10 Prozent des Gehalts ihres verstorbenen Mannes zu gewähren. Es wird sich dies unschwer ermöglichen lassen, da die Leistungen der Kasse nur um ca. 15 000 Mk. gesteigert werden.

)(**Greiz**, 22. März. (Vom Hofe. — Reußische Landwirtschaft.) Wie jetzt feststeht, wird die Vermählung der Prinzessin Ida Reuß ä. L. mit dem Prinzen Christoph Martin Stolberg-Roßla im September in Greiz stattfinden. — Die reußische Landwirtschaft, die in ihrem Hauptverein 1722 Mitglieder in 21 Zweigvereinen zählt, hat mit den Jungviehweiden gute Erfolge erzielt. Zur Hebung der Ziegenzucht hat der Hauptverein eine Anzahl Zuchtböcke und Lämmer bestellt. Jungviehweiden richten neu ein die Vereine zu Schönfeld, Bernsgrün, Tschirma und Neudnitz.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

Hk. **Die 7. Tuberkulose-Aerzte-Versammlung** des Deutschen Zentralkomitees zur Bekämpfung der Tuberkulose findet mit Rücksicht auf die internationale Hygieneausstellung in diesem Jahre vom 11. bis 13. Juni in Dresden statt. — Die Generalversammlung des Zentralkomitees wird am 10. Juni, die Ausschußsitzung am 9. Juni in Berlin stattfinden.

Ein ungeheurer Ausbruch der Sonne. Die Sonne ist dauernd in einer Tätigkeit, die, wenn man sie sich auf die Erde übertragen dächte, den Aufenthalt von Lebewesen durchaus unmöglich machen würde. Dennoch ist sie starken Wechseln unterworfen, und ein so ungeheurer Ausbruch, wie er an der Sternwarte von Kodaikanal in Südindien beobachtet und jetzt im „Astrophysikalischen Journal" beschrieben worden ist, gehört doch zu den Seltenheiten. Sowohl die Höhe wie die Dauer dieses Ausbruchs, der in der bekannten Form einer Protuberanz am Sonnenrande sichtbar war, erwies sich als durchaus ungewöhnlich. Als sie zum ersten Male photographiert wurde, hatte sie eine Höhe von fast einer Bogenminute und bedeckte rund 16 Breitengrade des Sonnenrades. Weiterhin wuchs die Breite bis auf 36 Grade, die Höhe bis auf 80 Sekunden. Ihre Sichtbarkeit dauerte in mehr oder weniger deutlicher Form 82 Tage, da sie auch auf der Sonnenscheibe selbst, also außerhalb des Randes, wahrzunehmen war. Genaue Messungen, die an den Photographien vorgenommen wurden, zeigten, daß diese dunklen Massen von Kalzium- und Wasserstoffdampf, die in der Nähe des Aequators dem Sonnenkörper entquellen, eine Geschwindigkeit besaßen, die um 5, später sogar um 11 v. H. größer war als die der allgemeinen Oberfläche der Photosphäre. Außerdem war zu erkennen, daß die Gasmassen aus zwei verschiedenen Stellen der Sonne stammten und sich erst in größerer Höhe miteinander vermischten. Aus dem Anblick und Verhalten der Protuberanz war sogar zu schließen, daß eine noch größere Zahl von Herden die glühenden Gase auswarfen. Am letzten Tage der Sichtbarkeit erreichte der Ausbruch eine Höhe von mehr als 400 000 km und war doch am folgenden Tage vollkommen verschwunden.

Kirche, Schule und Mission.

— **Der Verband der Berufsarbeiterinnen der Inneren Mission der evangelischen Kirche** gedenkt in der Woche nach Ostern vom 18. bis 20. April im Saale des Hospizes, Berlin W., Marburgerstraße 4, seine 5. Konferenz zu halten. Der im Jahre 1902 begründete Verband tritt mit dem 1. April in sein 9. Arbeitsjahr ein. Die alle zwei Jahre stattfindenden, auf allgemeinen Wunsch in Berlin gehaltenen Konferenzen bedeuten eine Fülle neuer Anregungen für die elf Arbeitsgruppen des Verbandes. Die diesmalige Tagung bringt als Hauptthemata Vorträge über „Die ideale Auffassung unserer Arbeit" und „Die Stellung der spezifisch christlichen Vereine zu den sogenannten humanen Verbänden". Ein besonderer Wunsch des Gesamtverbandes geht auf die Begründung eines Feierabendhauses für die Berufsarbeiterinnen der Inneren Mission hin. Freiquartiere stehen in beschränkter Anzahl zur Verfügung. Für Teilnehmer, die nicht darauf reflektieren, wird Logis und Morgenkaffee zum Preise von 1,50 Mk. durch das Verbandsbureau Berlin N. 4, Tieckstraße 17, auf Wunsch nachgewiesen.

Sport und Jagd.

— **Rennen zu Strausberg**, 23. März. Preis von Fredersdorf. 2000 *M.* 1. Beutlers Gutes Zeichen, 2. Krauses Süßes Mädel, 3. Blüschkes Fieselberg. Tot.: 92 : 10. Platz: 30, 55, 10 : 10. — Preis der Müggel. 2200 *M.* 1. Wathers Bleibtreu 2, 2. Langens Schönbrunn, 3. Spiekermanns Capri. Tot: 43 : 10. Platz: 19, 17 : 10. — März-Jagdrennen. 2000 Mark. 1. Buchtings Laverstock, 2. Wiedsheim-Pauls Twinkle 2, 3. v. Köppens Hymanton. Tot.: 31 : 10. Platz: 15, 14 : 10. — Preis von Bötzsee. 2000 *M.* 1. Bethusi Hucs Toncsi, 2. von Hattens Gyufa, 3. Wiedesheim-Pauls Brampton Laß. Tot.: 143 : 10. Platz: 19, 14, 12 : 10. — Blumenthal-Jagdrennen. 2500 *M.* 1. v. Tepper-Laskis Indinaia, 2. Lt. von Mitzlafs Loki, 3. Wiedesheim-Pauls Eckstein. Tot.: 14 : 10. — Preis vom Gartenplatz. 2000 *M.* 1. Fürst Hohenlohe-Oehringens Istvan, 2. Dr. Pachalys Lanze, 3. Spindlers Lucretia. Tot.: 33 : 10. Platz: 13, 13 : 10.

§ **Gröst** (Kr. Querfurt), 23. März. (Reiche Jagdbeute.) **Der Revierförster des Herrn Baron Roderich v. Helldorff-Gröst bemerkte dieser Tage mitten im Felde einen Fuchs und entdeckte beim Nachsuchen auch dessen Bau, in dem er sofort Nachgrabungen vornehmen ließ. In dem etwa sechs Meter langen, aber noch nicht einen Meter tiefen Bau fanden sich neben der alten Füchsin nicht weniger als sieben etwa acht Tage alte Füchse vor, die sämtlich erbeutet wurden.**

Letzte Telegramme.

Kekulé v. Stradonitz †.

Berlin, 24. März. Im 72. Lebensjahre ist der Universitätsprofessor Kekulé v. Stradonitz, der bekannte Archäologe und Heraldiker, gestorben.

Stolypin geht doch?

Petersburg, 24. März. Wie nachträglich verlautet, ist die Krise noch nicht entschieden. Stolypin wurde zwar in Zarskoje Sselo empfangen, soll aber seine Demission noch nicht zurückgezogen haben; andererseits habe der Kaiser sie nicht angenommen.

10 000 Personen im Streik.

London, 24. März. In den Singer-Nähmaschinenwerken hier und in Glasgow ist ein Streik ausgebrochen, der gegen 10 000 Personen umfaßt.

Rekrutenanwerbungen in der Union.

Washington, 24. März. Das Kriegsdepartement hat an die Werbeämter im Lande die Aufforderung gerichtet, 6000—7000 Rekruten anzuwerben, um die mobilisierten Regimenter auf den vollen Stand zu bringen.

Börsen- und Handelsteil.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

Wöchentlicher Bericht der Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen über Schlachtviehpreise ab Hof nach Lebendgewicht in Mark für 50 kg vom 16. bis 23. März 1911.

Kreis	Ochsen	Bullen	Rinder u. Stiere	Kühe	Kälber	Mast-schweine	Zuchtf. u. Zuchteb.	Lämmer	Hammel	Merz-schafe
Osterburg	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Salzwedel	—	40-42	—	35-38	40-42	39-42	—	—	—	—
Gardelegen	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Stendal	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jerichow I	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jerichow II	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Calbe a. S.	—	—	—	39	—	—	—	—	—	34
Wanzleben	40	40-43	40-43	33-38	35-50	50-57	—	33-36	33	27
Wolmirstedt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Neuhaldensleben	—	—	—	—	—	—	—	—	38,65	—
Oschersleben	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Quedlinburg	41-43	—	48	37	45	48	—	39	39	—
Halberstadt	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Graffch. Wernigerode	—	—	—	40	—	—	—	—	—	—
Liebenwerda	42	—	—	35	—	46	—	—	—	—
Torgau	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Schweinitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Wittenberg	35-38	36-40	—	33-35	45-50	40-42	—	—	—	—
Bitterfeld	—	—	—	—	—	—	—	—	33	—
Saalkreis	38-40	40	38	35	50	43	40	39	38	35
Delitzsch	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Mansf. Gebirgskreis	—	41-44	—	35-36	45-50	46-47	—	—	—	—
Mansf. Seekreis	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Sangerhausen	42	40	45	38	42-50	50-54	—	42	—	33-34
Eckartsberga	—	—	46	43-44	52	48	—	38	37	—
Querfurt	40-43	40-42	40	35-37	50	44-50	—	40-42	38-40	30-35
Merseburg	42	—	43	38-40	50	50	—	—	—	32
Weißenfels	36-38	40-42	—	36-40	50	46-48	—	—	37	—
Naumburg a. S.	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Zeitz	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Graffch. Hohenstein	—	—	—	—	—	49,5	—	—	—	—
Worbis	—	42	—	38	45	50	—	—	—	—
Heiligenstadt	40-44	43-46	45-48	39-40	52	48	46-47	37-39	35-36	30
Mühlhausen	—	—	43	38	52	48-50	—	—	—	32
Langensalza	—	—	39-41	38	—	45-50	—	—	—	32
Weißensee	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Erfurt	43	45	46	41	50	50	—	40	36	32
Schleusingen	—	42	40	38-40	50-52	52	—	—	36-38	—
Ziegenrück	—	40	40	38	52	50	46	40	36	33

— **Magdeburg**, 23. März. Getreide und Futtermittel. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen, ruhig, englischer und Sommer- gut 190—194 *M.*, Kolben Sommer- gut 200 bis 206 *M.*, Rauhweizen gut 190—192 *M.* — Roggen, ruhig, inländ. gut 144—149 *M.* — Gerste, still, hiesige Chevaliergerste gut 182—193 *M.*, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut 175 bis 182 *M.*, ausländische Futtergerste, fest, gut 139—141 *M.* — Hafer ruhig, inländ. gut 166—172 *M.* — Mais, still, runder gut 133—136 *M.*, amerikan. bunter gut 132—134 *M.*

— **Berlin**, 23. März. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) **Weizen per 1000 kg. Märk. 195,00 bis 197,00 *M.* ab Bahn. Normalgewicht 755 g. Abnahme im Mai 201,75 *M.*, Abnahme im Juli 201,00 *M.*, Abnahme im Sept. 194 bis 193,50—193,75 *M.*** Tendenz: still. **Roggen für 1000 kg. Inländischer 147,00—147,50 *M.* ab Bahn. Normalgewicht 712 g. Abnahme im Mai 155,50—155,00 *M.*, im Juli 159,00—158,75 *M.*** Sept. 157—156,25—156,50 *M.* Tendenz: ruhig. **Hafer per 1000 kg. Normalgewicht 450 g. Abn. im Mai 156,75—156,50 *M.*, Juli — *M.*** Tendenz: matt. **Mais per 1000 kg. Ohne Angabe der Provenienz. Abnahme im Mai —,—, im Juli —,— *M.*** Tendenz: geschäftslos. **Weizenmehl per 100 kg brutto einschl. Sack: Nr. 00 24,00—26,75 *M.*, feinste Marken über Notiz bezahlt.** Tendenz: still. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 18,70—20,90 *M.*, Abnahme im Mai —,— *M.*, im Juni 19,50 *M.* Tendenz: ruhig. **Rüböl für 100 kg mit Faß. Abnahme im laufenden Monat —,—, im Mai 60,50 *M.*** Brief. Tendenz: geschäftslos.

Frühmarkt. (Amtliche Notierungen.) Berlin, 23. März. **Weizen** loko 195,50—197,50 *M.* ab Bahn und frei Wagen, Mai —,— bis —,— *M.*, Juli —,— *M.* — **Roggen** loko 147,00—148,00 *M.* ab Bahn und frei Wagen, Juli —,— *M.* — **Gerste**, leichte inländische Futtergerste 144,00—159,00 *M.*, schwere do. 160,00—170,00 *M.*, russische und Donau leichte 137,00 bis 141 *M.*, do. schwere 142—146 *M.* ab Wagen und ab Bahn. — **Hafer**, märk, meckl., pomm., pos., schles. fein 172—182, do. mittel 162—171, do. gering 159—161, russischer feiner 168—180, mittel 157—167 *M.*, gering 153—156 *M.* ab Wagen und ab Bahn. — **Mais**, amerikan. mixed 133—139 *M.*, do. abfall. —,— *M.*, runder 138—142 *M.*, frei Wagen. — **Erbsen**, inländische Futterware, mittel 153—159 *M.*, russische do. 153—159 *M.*, feine Taubenerbsen 160—168 *M.*, Viktoriaerbsen ——— *M.*, kleine Kocherbsen ——— *M.*, frei Wagen und ab Bahn. **Weizenmehl** 00 loko 24,00—26,75 *M.* **Roggenmehl** 0 u. 1 loko 18,70 bis 20,90 *M.* **Weizenkleie**, grobe 9,75—11,10 *M.*, feine 9,75 bis 11,10 *M.* **Roggenkleie** 9,50—10,25 *M.* Bohnen —— bis —,— *M.* Linsen —— *M.*

L. **Hamburg**, 23. März. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließl. Fracht, Zoll u. Spesen. Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. **Weizen:** Durum I Duluth April/Mai 212 *M.*, Manitoba April/Mai Nr. IV 207½ *M.*, Austral. März/April 214½ *M.*, Rosafé 79 kg Febr./März 206½ *M.*, Baruso 80 kg März/April 205 *M.*, Nordrussisch. März 76/77 kg 204 *M.*, 77/78 kg 206 *M.*, Ulka 10 Pud 4 % März 205 *M.*, Azow Hartweizen 10 Pud 4 % April-Mai 209 *M.* — **Roggen:** Südruss. 9 Pud 15/20 prompt 157 *M.* — **Futtergerste:** Südruss. 58/59 kg März 126 *M.*, März alt 122½ *M.*, April 120½ *M.*, April/Juni 120¼ *M.* — **Hafer:** Nordruss. 50/51 kg März/Mai 3 % 154½ *M.*, 2 % 155½ *M.*, La Plata 49 kg März/April 150½ *M.* — **Mais:** La Plata Mai-Juni 136¾ *M.*, Mixed März 126½ *M.*, Odessa März 125 *M.*

Kartoffeln. Kartoffelmehl. Stärke.

— **Magdeburg**, 23. März. Prima Kartoffelmehl und -Stärke prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg netto Kasse. Preis: 20,50—21,00 Mk. Tendenz: ruhig.

— **Berlin**, 23. März. Kartoffelstärke 20,00—20,50 Mk., Kartoffelmehl 20,00—20,50 Mk., feuchte Stärke 10,60 Mk.

Spiritus.

— **Hamburg**, 23. März. Spiritus ruhig. März 17½ G., März-April 17½ G., April-Mai 17½ G.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln**, 23. März. Rüböl loko 65,00, Mai 63,50.

— **Hamburg**, 23. März. Rüböl matt, loko verzollt 62,00.

— **Amsterdam**, 23. März. Leinöl flau, loko —, April 50⅝, Mai-August 45½, Sept.-Dezbr. 41.

— **Pest**, 23. März. Kohlraps stetig, August 13,75.

Zucker.

W. **Hamburg**, 23. März. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo per März 10,62½, per April 10,65, per Mai 10,70, per August 10,85, per Oktober-Dezember 10,00, per Jan.-März 10,10. Tendenz: matt.

Kaffee.

— **Hamburg**, 23. März. Kaffee-Termin-Notierungen. (Nur für Good average Santos.) März 54½ G., Mai 54½ G., Sept. 52¾ G., Dezember 51½ G. Tendenz: behauptet.

— **Amsterdam**, 23. März. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 47.

— **Havre**, 23. März. Kaffee. Good average Santos März 65,25, Mai 65,50, Septbr. 65,75, Dezbr. 65,00. Tendenz: behauptet.

W. **Rio de Janeiro**, 22. März. Kaffee. Zufuhren 4000 Sack in Rio, 3000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen**, 23. März. Baumwolle, ruhiger. Upland middling loko 73½ Pfg.

— **Antwerpen**, 23. März. Wolle. La Plata-Kammzug Type B. März 5,85 bez., Januar 5,55 bez. Tendenz: Behauptet.

Petroleum.

— **Hamburg**, 23. März. Petroleum fest. Amerik. spez. Gewicht 0,800 6,50.

Metalle.

— **Amsterdam**, 23. März. Bancazinn ruhig, loko 108¾.

— **London**, 23. März. Blei, span. 13⅛ Lstrl., engl. 13⅜ Lstrl., Zinn 182 Lstrl., Zink 23 Lstrl., Chili-Kupfer 54⅞ Lstrl., 3 Monate 55½ Lstrl.

— **Glasgow**, 23. März. (Schlußbericht.) Roheisen stetig. Middlesborough Warrants III 47 sh. 11½ d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Leipzig**, 23. März. Bericht über den Schlachtviehmarkt auf dem städtischen Viehhofe zu Leipzig. Auftrieb: 190 Rinder, und zwar 40 Ochsen, 10 Kalben, 81 Kühe, 59 Bullen, 982 Kälber, 187 Stück Schafvieh, 1576 Schweine, und zwar 1576 deutsche; zus. 2965 Tiere. Preise: Ochsen: I. —, II. 78, III. 70, IV. 62 *M.* für 50 kg Schlachtgew. Kalben und Kühe: I. —, II. —, III. 70, IV. 61, V. 52 *M.* für 50 kg Schlachtgew. Bullen: I. 81, II. 77, III. 73 *M.* für 50 kg Lebendgew. Kälber: I. 61, II. 55, III. 42, IV. — *M.* für 50 kg Lebendgew. Schafe: I. 43, II. 40, III. 35 *M.* für 50 kg Lebendgew. Schweine: I. 61, II. 57, III. 53, IV. 51 *M.* für 50 kg Schlachtgew. Verkauf: 184 Rinder, und zwar 38 Ochsen, 10 Kalben, 77 Kühe, 59 Bullen; 979 Kälber, 151 Schafe, 1574 Schweine. Geschäftsgang: Ochsen, Kalben, Kühe, Bullen, Kälber, Schweine mittelmäßig, Schafe langsam.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. **New-York**, 23. März. Roter Winter-Weizen loko 95⅜, per Mai 96⅜, per Juli 95⅞, per Sept. ——, per Dez. ——. Mais per Mai 56½, per Juli ——, per Sept. ——. Mehl 3,75. Getreidefracht nach Liverpool 2.

W. **Chicago**, 23. März. Weizen per Mai 89⅞, per Juli 89⅝. Mais per Mai 48¼.

W. **New-York**, 23. März. Petroleum Standard white in New-York 7,40, do. in Philadelphia 7,40, do. in Refined Cases 8,90, do. Credit Balances at Oil City 130.

W. **New-York**, 23. März. Schmalz Westernsteam 9,15, Rohe und Brothers 9,45.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Sebensleben; für Provinz, Allgemeines, Börsen- und Handelsteil: Max Ebeling; für Oertliches: Heinrich Wiefchner; Schlußredaktion: A. Barwerke, sämtlich in Halle a. S. — Für unverlangt eingehende Manuskripte und Beiträge übernimmt die Redaktion keinerlei Verpflichtungen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191103242-17/fragment/page=0003
DFG

Berliner Börse, 23. März 1911

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191103242-17/fragment/page=0004